

Oberbürgermeister Werner Spec
Stadt Ludwigsburg

Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 am 26. Oktober 2011

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr verehrte Damen und Herren,

ich möchte nicht alles wiederholen, was ich bereits bei meiner Antrittsrede am 14. September 2011 hier im Kulturzentrum ausgeführt habe, sondern nur noch schlagwortartig auf einige Aussagen eingehen. Unsere strategische Stadtentwicklung, die Haushaltssituation, die Haushaltsplanung können wir nicht von der derzeitigen Situation auf der europäischen Ebene, von der überwundenen Krise der Wirtschaft ausklammern. Die Staaten haben Probleme mit ihren hohen Schulden, weil sie die Banken gestärkt und Hilfspakete geschnürt haben. Wir befinden uns mitten in einer Währungskrise und letztlich ist klar - ich brauche nur zu wiederholen was tagtäglich in den Medien zu lesen ist - dass die wesentliche Ursache der tiefgreifenden Schuldenkrise oder sich möglicherweise abzeichnenden Bankenkrise in der hohen staatlichen Verschuldung liegt. Man muss einfach konstatieren, dass man in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehr oder weniger in allen europäischen Ländern - nur in unterschiedlichen Dimensionen - die Finanzierungsverantwortung für öffentliche Infrastrukturleistungen auf künftige Generationen verschoben hat.

Man muss heute sicherlich konstatieren, dass es alles andere als verantwortlich gegenüber künftigen Generationen ist. Und man muss sehen, wohin diese Entwicklung in den nächsten Wochen und Monaten noch führt, auch wenn der Deutsche Bundestag heute weitere Beschlüsse für Rettungsschirme fasst. Wir haben in Ludwigsburg schon seit einiger Zeit einen anderen Weg eingeschlagen, für den es noch keine Blaupause gibt. Wir haben also nichts, was wir einfach von anderen übernehmen können auf dem Weg nachhaltiger und integrierter Stadtentwicklung. Wir merken natürlich, dass sich mehr und mehr Städte in Deutschland und in Europa aufmachen, genau in diese Richtung zu gehen: nachhaltige Stadtentwicklung mit bürgerschaftlicher Partizipation, die Übernahme von Verantwortung durch Bürgerinnen und Bürger, also aus der Gesellschaft heraus, und, was wir uns in den letzten Jahren auch zum Ziel gesetzt haben, einen generationengerechten Haushalt.

Es ist uns in den letzten Jahren durch konsequente Haushaltskonsolidierung und einen positiven Konjunkturverlauf gelungen, nicht nur keine Schulden aufzunehmen, sondern die Verschuldung abzubauen, sogar die Rücklagen zu schonen. Entscheidend war, dass wir nicht erst auf Probleme reagiert, sondern frühzeitig die Weichen in die richtige Richtung gestellt haben. Wir haben also die mittelfristige Finanzinvestitionsplanung in den letzten Jahren in Ludwigsburg nie als lästige Statistikaufgabe oberflächlich abgehandelt, sondern sie als unser

zentrales mittel- und langfristiges Planungsinstrument aktiv genutzt, sowohl was Investitionen als auch mittel- und langfristige Konsolidierungsstrategien angeht. Insoweit gibt es bekanntlich unser Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ – Ihnen ist das allen längst vertraut.

Klar ist, dass sich unser Haushaltsplanverfahren inhaltlich mehr und mehr verändert. Wir spüren das, weil wir nicht allein den Haushaltsplan zum Zentrum unserer strategischen Stadtplanung machen. Wir beginnen nicht erst im Haushalt zu sortieren, was wir für wichtig halten, sondern diese Priorisierung findet mehr und mehr statt über die Themenfelder der nachhaltigen Stadtentwicklung. Alles, was wir aus partizipativen Diskussionsprozessen entwickeln, alles, womit sich der Gemeinderat während des ganzen Jahres beschäftigt, ob mit einzelnen Strategien und Realisierungen, intensiven Beratungen oder grundlegenden und wegweisenden Beschlüssen, all das ist längst Grundlage einer Haushaltsplanung und mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung geworden. Deshalb ist es wenig überraschend, dass in der Zwischenzeit in der Regel ein hoher Konsens zwischen Verwaltung und unterschiedlichen Gemeinderatsfraktionen darüber besteht, welche Maßnahmen aus diesem nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept letztlich in den jeweiligen Haushaltsentwurf und den mittelfristigen Investitionszeitraum hineinkommen. Da sind keine gravierenden sondern eher marginale Unterschiede. Es geht vor allem um die Frage, in welcher zeitlichen Taktung man diese Maßnahmen umsetzen kann und wie, das ist immer das Reißverschlussverfahren bei Beratung und Verabschiedung des Haushalts, man diese jeweiligen Maßnahmen zeitlich so planen muss, dass schließlich eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung dargestellt werden kann.

Betrachten wir uns die verschiedenen Themenfelder: Wir sind in den letzten Jahren mit einer intensiven Wohnbauland-Offensive gestartet, was sich im Nachhinein als Glücksfall erwiesen hat. Ich glaube, das brauche ich hier nicht länger auszuführen. Es ging uns darum, vorbeugend für Entwicklungen des demografischen Wandels unsere Bevölkerungsstruktur zu stärken. Wir waren aktiv, als dieser Nachfrageboom entstanden ist und er war gerade in besonders attraktiven Städten wie Ludwigsburg in der Region Stuttgart spürbar. Wir waren in dieser Zeit in der Lage, entsprechende Angebote für den Markt zu machen, für einen Personenkreis, der unsere Stadtstruktur, unsere Stadtgesellschaft in den unterschiedlichen Feldern nachhaltig stärken wird. Es ist gelungen, auch Ziele der gemeinsam beschlossenen Wohnungsbaustrategien umzusetzen, also Konzepte für Mehrgenerationen-Wohnen aufzunehmen. Natürlich gibt es im Einzelfall bei privaten Gruppen, die sich zu Mehrgenerationen-Wohnkonzepten zusammengeschlossen haben, auch Probleme zu lösen. Aber wenn man das Ergebnis auf der Hartenecker Höhe sieht, zeigt sich, dass sich auch bei den unterschiedlichen Baugruppen durchaus interessante Alternativen bei Architektur und Zusammensetzung ergeben.

Wir haben uns im Zusammenhang mit dem Thema „Attraktives Wohnen“ natürlich auch damit beschäftigt, wie wir dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen können, dem Bedürfnis nach Sauberkeit in der Innenstadt, in den Grünanlagen, auf Straßen, Wegen,

Plätzen. Das sind auch wichtige Voraussetzungen für einen funktionierenden Tourismus. Aber gerade auch im Sinne von attraktivem Wohnen haben wir die Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt. Das kostet natürlich auch Geld. Doch wir haben Tendenzen, die wir bedauern müssen in der Gesellschaft. Wir haben teilweise die Situation, dass es heute selbstverständlich ist, dass Jugendliche auf dem Weg vom Bahnhof zur Diskothek vielfach bereits Getränkeflaschen mit sich führen. Und wenn die dann zufällig leer werden, landen diese als Scherben auf der Straße. Oder man sieht Getränkereste als schwarze Flecken auf den Wegen am Bahnportal. Es ist vereinzelt hoher Alkoholkonsum und Gewalteskalation zu beobachten. Dinge, die die Polizei, die Sicherheitskräfte fordern. Hier spüren wir, dass wir unsere eigenen Anstrengungen mit zusätzlichen Personalressourcen, die in den Haushaltsentwurf 2012 eingeflossen sind, gemeinsam mit der Polizei intensivieren und ausbauen müssen.

Aber all das kostet natürlich Geld. Und am Ende müssen solche zusätzlichen Anstrengungen genauso wie die Beseitigung der Hinterlassenschaften von Partys, von Trinkgelagen auf der Bärenwiese, auf dem Akademiehof oder an anderen Orten der Stadt, mit einem Aufwand betrieben werden, der sich zwischenzeitlich im beachtlichen sechsstelligen Bereich befindet. All das sind sehr unerquickliche Entwicklungen. Wir haben darauf reagiert, aber die Gesellschaft muss wissen, dass diese Dinge Geld kosten und das Geld nicht vom Himmel fällt, sondern dies muss auch finanziert werden.

Beim Thema „Wirtschaft und Arbeit“ haben Stadtverwaltung und Gemeinderat beschlossen, alles zu tun, damit sich die Unternehmen in ihren Bestand entwickeln, aber auch expandieren können. Wir haben versucht, im Einzelfall auch Neuansiedlungen zu realisieren. Als Beispiel sei die Firma Lapp genannt. Aber es ist nicht zu verkennen, dass es immer wieder kleinere Ansiedlungen von Unternehmen gibt, die 15 bis 20 oder auch 40 bis 50 Arbeitsplätze bieten und damit die starke, breitgefächerte Struktur der Wirtschaft in Ludwigsburg absichern. Deshalb konnten überall dort, wo in der Vergangenheit Arbeitsplätze durch Verlagerungen der Produktion an Billiglohnstandorte weggefallen sind, entsprechende Arbeitsplätze nachrücken, so dass wir die hohe Zahl der Arbeitsplätze mit 42.000 trotz struktureller Veränderungsprozesse in der Wirtschaft gehalten haben.

Beim Film- und Medienstandort haben wir zweifellos neue Akzente setzen können, gemeinsam auch mit der neuen Theaterakademie. Aber der neue Clusterbereich mit den Themen Energie, mit den Umwelttechnologien, ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Darauf werde ich später zurückkommen.

Beim Thema „Mobilität“ ist zunächst wichtig, dass wir mindestens den Bestand unserer Straßen wieder stärker im Unterhalt pflegen. Wir haben die finanziellen Mittel zunächst im Sinne sehr kurzfristig wirksamer Konsolidierungsstrategien in den letzten Jahren reduziert. Weil nun mittelfristig nachhaltige strukturelle Haushaltskonsolidierungen greifen, haben wir das finanzielle Niveau nach oben angepasst, um in einigen Jahren wieder Straßen zu haben, deren Zustand uns alle zufriedenstellt. Das ist aber nicht in ein, zwei oder drei Jahren

möglich, sondern das wird sicher länger brauchen. Allerdings haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur einzelne Beläge saniert, sondern Straßen auch komplett ausgebaut.

Nach der Haushaltsklausur ist ein Teil der Westrandstraße, entlang der Autobahn, neu in den Haushaltsentwurf gekommen. Doch spielt unter diesem Aspekt mehr und mehr die Frage eine Rolle, wie man nachhaltige Mobilität weit über den Straßenbau hinaus organisieren kann. Denn gerade hier in der Region Stuttgart stößt man an Grenzen. Die täglichen Verkehrsstaus sind ebenso wenig zu ertragen wie Lärm und Abgase. An einer nachhaltigen Mobilität führt kein Weg vorbei. Wir müssen den Wechsel zwischen Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr, Busse, Schiene fördern. Der Bahnhof spielt hier mehr und mehr eine wichtige Rolle sowie das Thema E-Mobilität, bei dem wir uns erfolgreich als eine von drei Modellkommunen des Landes Baden-Württemberg positionieren konnten.

Beim Thema „Zusammenleben von Generationen und Nationen“ ist es uns gelungen, die Anstrengungen in der Integration fortzusetzen. Es gibt eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit im Integrationsbeirat, eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich Engagierten im Bereich der Seniorenarbeit und wir können dankbar konstatieren, dass das Zusammenspiel gerade auch mit den neuen Funktionen, die wir in den Fachbereichen in der Verwaltung geschaffen haben, hervorragend funktioniert.

Das Thema Energie taucht hier noch mal als separates Themenfeld auf, natürlich jetzt noch stärker im Blickpunkt nach der beschlossenen Energiewende. Meine Damen und Herren, es ist nach meiner Wahrnehmung vielen in der Gesellschaft und auch vielen Entscheidungsträgern noch nicht ganz klar, wie verdammt kurz die Frist für den Ausstieg aus der Atomkraft ist und wie groß die Anstrengungen sein müssen, dass in dieser sehr, sehr kurzen Zeit alles dafür getan wird, mehr Energie einzusparen und wie wichtig es gleichzeitig ist, den Anteil der regenerativen Energieerzeugung massiv auszubauen. Wenn man die Diskussionen landauf landab im Moment beobachtet, hat man den Eindruck, dass teilweise eher die Bedenkenträger im Vordergrund stehen. Natürlich ist völlig klar, dass in allen Bereichen regenerativer Energieerzeugung auch bestimmte Aspekte zu beachten sind, das gilt für die Windkraft, die Geothermie, für Biogasanlagen. In jedem einzelnen Bereich lassen sich unzählige Bedenken, Vorbehalte äußern, aber mit einer Aufsummierung von Bedenken und Vorbehalten lässt sich eine Energiewende eben nicht erfolgreich bewerkstelligen.

Deshalb setze ich sehr darauf, dass sich die Kräfte durchsetzen, die in der Lage sind aufzuzeigen, wie man es macht und nicht, wie man es nicht macht. Wir haben immer viele Leute, die wissen, wie man es nicht macht. Wir brauchen aber vor allem auch die Leute, die in der Lage sind zu zeigen, wie man es machen kann. Ich denke, dass wir in Ludwigsburg auf einem guten Wege sind. Wir haben das derzeit größte Biomasse-Heizkraftwerk in Baden-Württemberg, dennoch sind auch bei uns noch viele Schritte notwendig. Wir sind sehr gut aufgestellt mit sehr schlagkräftigen Stadtwerken, die sich auch im Bereich der Geothermie, der Biogasanlagen, der Solarthermie und der Fotovoltaikanlagen entsprechend positionieren. Wir haben das Energetikom, wir haben bereits ein Energiekonzept für die Stadt, das wir jetzt

mit einem Klimaschutzmanager unterstützen. Dieser wird überwiegend durch staatliche Zuschüsse finanziert. Er wird in nächster Zeit bei uns seine zunächst befristete Tätigkeit aufnehmen und entsprechende Maßnahmen zielstrebig aufbereiten und für Sie zur Beratung und Beschlussfassung bringen.

Dann haben wir den großen Bereich von Bildung und Betreuung, meine Damen und Herren. Wir haben uns inhaltlich intensiv seit vielen Jahren mit diesem Aufgabenblock, der die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft im Moment darstellt, beschäftigt. Wir haben viele wegweisende Beschlüsse gefasst, vieles initiiert, auch in die Praxis bereits umgesetzt, wir haben den Ausbau von U3-Plätzen vorangetrieben, die Sprachförderung, teilweise auch mit bundesweit beachteten Modellvorhaben. Allerdings ist zu konstatieren, darauf wird Herr Kiedaisch im Anschluss eingehen, dass Bildung und Betreuung, meine Damen und Herren, nicht nur wichtig ist, sondern einfach auch Geld kostet. Und ich glaube, es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass dieses Geld auch finanziert werden muss. Dass es sich nicht von alleine finanziert. Und wenn wir nichts dafür tun, verschiebt sich diese Last klammheimlich auf die nächsten Generationen. Dies ist ja leider die Praxis geworden in vielen öffentlichen Systemen. Sie scheuen die unbequemen Entscheidungen, weil die Wähler unpopuläre politische Entscheidungen in der Vergangenheit immer wieder abgestraft haben. Ich setze aber sehr darauf, dass gerade jetzt ein Umdenken stattfindet, dass endlich eine Abkehr von dieser Verantwortungslosigkeit einsetzt, bedenkenlos finanzielle Lasten auf die Zukunft zu verschieben, und vielmehr die Dinge, die wir heute für wichtig halten, auch heute bereit sind zu finanzieren.

Kulturelles Leben: Hier hatten wir zwei wegweisende Klausurtagungen, haben einige notwendige Beschlüsse zu fassen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Beim Thema Grün in der Stadt haben wir weitgehend ohne Haushalts- und damit Steuermittel der Stadt zumindest wichtige Projekte realisieren können, bahnbrechend die Uferwiesen in Hoheneck, die bundesweit ein Vorbild geworden sind für eine Zusammenarbeit der Kommune als Anrainer vor Ort mit den verantwortlichen Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Mit den Zugwiesen hat diese in der räumlichen und finanziellen Dimension noch mal eine ganz andere Größenordnung angenommen. Das ist eine Maßnahme, die voraussichtlich im Jahr 2012 abgeschlossen werden kann.

Wir haben nicht nur in der Innenstadt viele Herausforderungen angenommen, wir wollen uns diesen weiterhin stellen. Auch die Stadtteile waren und sind und werden uns auch in der Zukunft ein wichtiges Anliegen sein. Sehr weit gekommen sind wir in Eglosheim mit der Sozialen Stadt, die wir ein Stück weit auch nach Auslaufen der Städtebauförderungsprogramme weiterführen wollen. Wir haben schon vieles erreichen können.

In Poppenweiler gibt es noch einige Maßnahmen zu realisieren, das Kinder- und Familienzentrum beispielsweise gehört dazu, die sich im Haushaltsplan 2012 und den Folgejahren wiederfinden.

Am Sonnenberg haben wir tiefgreifende Veränderungen in die Wege geleitet, die aber noch längst nicht abgeschlossen sind. In der Zwischenzeit zeigen sich anhand der Bauten und der Bewohner, die dort eingezogen sind, dass wir goldrichtig liegen auf unserem Weg. Wir spüren auch im internationalen Erfahrungsaustausch, dass in anderen europäischen Städten mit einem außerordentlich hohen Anteil von sozial Schwachen oder sprachlich nur schwer integrierbaren oder integrierten Bewohnerstrukturen fundamentale Veränderungen notwendig sind, um Bildungs- und Integrationschancen massiv zu verbessern.

In Grünbühl hatten wir bislang die Schwierigkeit, dass die BIMA, ähnlich wie bei der Hartenecker Höhe, sehr hohe Forderungen gestellt hat. Wir sind derzeit aber weit fortgeschritten in den Verhandlungen was Grünbühl anbelangt. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, Ihnen über die Wohnungsbau Ludwigsburg entsprechende Vorschläge und Verhandlungsergebnisse für weitere grundlegende Maßnahmen, auf die die Grünbühler schon längst und zu Recht warten, im ersten Halbjahr 2012 präsentieren können.

In Neckarweihingen kommt jetzt sehr viel zusammen. Manches hat sich aus ganz unterschiedlichen Gründen, die nicht ausschließlich bei uns, bei der Stadt lagen, angestaut. Wir sind aber jetzt dabei, eine ganze Fülle zentral wichtiger Infrastrukturaufgaben gleichzeitig zu erledigen. Diese sind teilweise schon beschlossen, teilweise schon im Bau, in der Umsetzung, teilweise werden wir in den nächsten Wochen und Monaten in Beratungen sein, um eine Realisierung herbeizuführen.

Aus Obweil waren heute Morgen Mitglieder des Stadteilausschusses bei mir. Sie haben sich vermutlich schriftlich auch an Sie gewendet. Sie haben nochmals dargestellt, gebündelt in einer sehr gut gemachten Präsentation, wie man dort die Ortsmitte mit einer Infrastruktur für Begegnungen und für die Vereine ausstatten kann. Das wird sicher nicht einfach werden für Obweil, entsprechende Maßnahmen zeitnah in die Wege zu leiten. Allerdings wird es sinnvoll sein, zumindest in einen Planungsprozess mit den politischen Gremien, auch mit der Bürgerschaft, auch mit den Vereinen, im Jahr 2012 einzusteigen.

Neben den Stadtteilen haben wir in Stadtbezirken wie in der Weststadt mit Stadtteilentwicklungsprozessen begonnen. Das sind Wege, bei denen man Erfahrungen macht, bei denen man die Qualität unserer Arbeit noch verbessern kann, die Kommunikation noch verbessern kann. Insgesamt sind wir hier aber auf einem guten Weg. Auch die Oststadt im Umfeld des Sportparks Fuchshof wird im Jahr 2012 eine wichtige Rolle spielen.

Lebendige Innenstadt: Da haben wir in den letzten Jahren entscheidende Verbesserungen erreicht. Einige Jahre zurückliegend mit der Wilhelmgalerie, mit der Aufwertung von Straßen, Fußgängerzone usw. Weitere Straßenaufwertungen stehen an. Wir haben viel erreicht im Sanierungsbereich Rathaushof, Mathildenareal. In den Fokus 2012 und den Folgejahren rückt zentral die Untere Stadt mit der großen Herausforderung des Marstallcenters, was wir heute bei der Haushaltseinbringung im Detail nicht weiter vertiefen können. Aber auch die

gesamte Untere Stadt wird in diesem Bereich der Innenstadt für die nächsten Jahre eine Herausforderung sein.

Vielfältige Sportangebote: Wir haben mit der Arena, mit der Realisierung und Sanierung von Sporthallen, auch mit der Sanierung von vielen Sportplätzen in den letzten Jahren Wichtiges für den Sport erreicht. Wir haben ein gutes Niveau, ein sehr gutes Niveau der Förderung der Sportvereine mit eigenen Infrastrukturmaßnahmen, wir haben einen Sportentwicklungsplan. Auch in diesem Bereich sind in den nächsten Jahren noch weitere Maßnahmen notwendig. In der Haushaltsklausur hat der Gemeinderat deutlich gemacht, dass die Realisierung der Sporthalle Ost für ihn hohe Priorität hat und deshalb ist in den vorliegenden Entwurf nun grundsätzlich in den Zeitraum bis 2015 die Investition für die Sporthalle Ost mit aufgenommen worden.

Es gibt zum Stadtentwicklungskonzept aber auch Kennzahlen, die wir zur Evaluierung verwenden. Es ist heute nicht der Zeitpunkt, sehr grundlegend in das Thema einzusteigen. Ich möchte aber nur an einem Beispiel deutlich machen, an einem wichtigen, nämlich Bildung und Betreuung, wie sich in zwei eher städtebaulichen Bereichen mit sozial einseitigen Strukturen, nämlich in Eglosheim in der Hirschbergschule und in Grünbühl in der Eichendorffschule, die Kennzahlen im schulischen Bereich entwickelt haben. Sie sehen blau die Eichendorffschule, rot die Hirschbergschule und gelb ist der Durchschnitt aller Grundschulen mit Übergangsquoten in Ludwigsburg. Sie sehen ganz grob von 2001 über 2005 bis 2010, dass es durch die wesentlich bessere Förderung der Kinder schon im Kindergartenalter gelungen ist, die Schüler, die von ihrer Veranlagung her nicht in der Hauptschule ihre optimale Förderung haben, sondern bislang eher an sprachlichen Barrieren gehindert waren, mittlerweile in Richtung Realschule, Gymnasium zu ziehen und dass sich diese Maßnahmen in der Zwischenzeit deutlich positiv ausgewirkt haben. Es soll keine Abwertung der Hauptschule sein, ohne in diesen Themenbereich vertieft einzusteigen, aber es wird auch in der Zukunft so sein, dass manche Schüler eben eher praktisch als theoretisch veranlagt sind. Auch diese werden in der Zukunft mit einem geeigneten Schulsystem gefördert werden müssen. Aber es geht ja darum, diejenigen, die theoretisch begabt und sprachlich gehemmt sind, weiterzubringen. Und da sieht man, dass die Übergangsquoten sich massiv vor allem auch dort verbessert haben, wo sie deutlich unterdurchschnittlich waren.

Zum Haushaltsplanverfahren, meine Damen und Herren, haben wir den Weg eines partizipativen Verfahrens beschritten, das heißt, wir haben einen weitgehenden Haushaltsentwurf fertig gestellt, bei dem am Ende eine Lücke in der Größenordnung von zunächst 24, nach der Klausur 28 Millionen Euro zu schließen ist. Das gilt nicht so sehr für das Haushaltsjahr 2012, das wird Herr Kiedaisch im Anschluss ausführen, sondern eher mittelfristig. Wir müssen sehen, wie wir frühzeitig notwendige Maßnahmen in die Wege leiten. Also, in diesem Zeitraum 2013 bis 2015 greift mehr und mehr, dass wir, selbst wenn das Land jetzt endlich einen Teil der nach dem Konnexitätsprinzip notwendigen Ausgleichszahlungen für die erheblichen, für die massiven Anstrengungen im Bereich von

Bildung und Betreuung bezahlt, dass wir gerade mal die Hälfte der Kosten allein für den Ausbau der U3-Angebote abdecken. Und wir müssen leider konstatieren, dass es sowohl auf der Ebene des Bundes als auch der Bundesländer einschließlich unseres Landes Baden-Württemberg - und es hat für die alte Landesregierung gegolten und gilt auch für die neue Landesregierung - nicht sein kann, dass man einen offenen Verfassungsbruch hinnimmt. Denn in der Konnexität ist klar geregelt, dass die Kommunen für zusätzliche gesetzliche Vorgaben die zusätzlichen notwendigen Mittel bekommen müssen. Das heißt, wir leben in einem offenen Verfassungsbruch, der darin begründet ist, dass sowohl der Bundeshaushalt als auch die Länderhaushalte - und das gilt eben auch für Baden-Württemberg aufgrund der Struktur des Haushalts, aufgrund der hohen Schuldenlast - eben nicht in der Lage sind, den Kommunen im Moment das Geld zur Verfügung zu stellen, das für diese zusätzlichen Anstrengungen erforderlich ist. Das gilt übrigens auch für die Qualitätsverbesserungen im gesamten Bereich der Kindertagesstätten, wenn man an die inhaltlichen Maßnahmen des Orientierungsplanes denkt, der bislang aus taktischen Gründen nicht verabschiedet worden ist, um nicht die Konnexität zu begründen. Aber auch hier sind die Kommunen, weil sie die Notwendigkeit sehen, und weil sie für die Bürgerinnen und Bürger und für die Eltern und für die Kinder was tun wollen, längst in Vorlage getreten.

Aber Sie sehen an der strukturellen Entwicklung unseres Verwaltungshaushaltes - nicht so sehr 2012, wo wir noch auf 8 bis 10 Millionen Euro Zuführung durchaus kommen - dass in der Folgezeit diese ungedeckten Kosten, diese fehlende staatliche Finanzierung in Ludwigsburg und in den allermeisten anderen Städten und Gemeinden zu einer Aushöhlung der Kommunalfinanzen führen. Und letztlich wird die Finanzierungslast oder die Frage, ob zusätzliche Einnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern und von der Wirtschaft erhoben werden, schlicht und einfach abgedrängt auf die kommunale Ebene. Das ist ein Zustand, der eigentlich inakzeptabel ist. Nur ist aus meiner Sicht die kommunale Ebene diejenige, die am handlungsfähigsten ist und die in den letzten Jahren unter Beweis gestellt hat, dass sie in ganz zentraler Weise in der Lage ist, die entscheidenden Zukunftsherausforderungen zu meistern. Insoweit haben wir in der Finanzierungsfrage dieser Deckungslücke, die vom Staat verursacht worden ist, schwierige Hausaufgaben bei den anstehenden Haushaltsberatungen zu leisten. Wie gesagt, im Kern nicht so sehr für 2012, aber es macht andererseits keinen Sinn, diese offenkundigen Fragestellungen schlicht und einfach zu verdrängen und auf die nächsten Jahre zu verschieben.

Meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich, dass sich der Gemeinderat nicht nur im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan mehr und mehr auf ein partizipatives Verfahren einlässt, denn die Nachhaltige Stadtentwicklung sorgt dafür, dass man mehr und mehr themenbezogene Strategien entwickelt. Wir sagen jetzt, dass wir für den abschließenden Haushaltsplan gemeinsam abzuwägen haben, dass das eine gemeinsame Herausforderung von Verwaltung und Gemeinderat ist. Wir werden im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen auch die Bürgerschaft informieren und einbeziehen. Aber Stadtverwaltung und Gemeinderat werden nun gemeinsam darüber nachdenken. Denn die Stellschrauben sind klar, wenn eine Deckungslücke da ist in der Größenordnung von 24 bis 28 Millionen Euro

in diesem mittelfristigen Zeitraum. Unser Haushalt ist so kerngesund, dass wir natürlich den Rest unserer Rücklagen einsetzen und auch in einem beschränkten Umfang Kredite aufnehmen könnten. Aber unser Vorschlag ist, von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch zu machen, sondern den kerngesunden Kurs weiter zu fahren, keine Kredite aufzunehmen und Schulden weiter abzubauen. Wir werden den Schuldenstand auf 8,5 Millionen Euro weiter reduzieren können, wir möchten die Rücklagen nur teilweise einsetzen, und das bedeutet schlicht und einfach, entweder weitere Abstriche in diesem Zeitraum an den Investitionen vorzunehmen oder umgekehrt eben zu überlegen, wie man durch zusätzliche Einnahmeverbesserung diesem Umstand Rechnung tragen kann.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie, die Fraktionen, signalisiert haben, dass Sie gerne oder dass Sie bereit sind, sich auf ein neues, auf ein solches Beratungsverfahren ein Stück weit einzulassen und ich denke, es ist sicher gut, wenn wir so verfahren, dass wir Erfahrungen sammeln und auf dieser Grundlage die Verfahren in den nächsten Jahren gegebenenfalls weiterentwickeln.

Mein abschließender Dank, meine Damen und Herren, gilt unserem Kämmerer, Herrn Kiedaisch, der wieder mal herausragend gute Arbeit geleistet hat, aber auch seinem Team, Herrn Kistler, den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, herzlichen Dank meinen Kollegen, den Bürgermeister, Herrn Seigfried und Herrn Schmid, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an diesem Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben. Wir freuen uns nun auf sicher wieder nicht einfache, aber wieder Ziel führende Beratungen mit Ihnen. Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.